



D

V

P

W

Arbeitskreis "Politik und Religion/Politics and Religion"

Call for Papers zum Panel

„Religiöse Vielfalt und demokratische Einheit als Herausforderung in politischen Mehrebenensystemen“

des DVPW-Arbeitskreises „Politik und Religion/ Politics and Religion“

für die Tagung „Prädemokratie, Postdemokratie, Autokratie? Zum Stand vergleichender Herrschaftsforschung“ der Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft vom 29. bis 31. März 2012 in Marburg

Debatten über die Integration von Zuwanderungsgruppen sind derzeit in nahezu allen europäischen Ländern auf der Tagesordnung. Dabei fällt auf, dass sich diese öffentlichen Diskussionen immer öfter auf religiöse Identitäten beziehen. So sind es nicht mehr hauptsächlich Arbeitsmigranten an sich, die als Problem für die Integrationskraft der Zuwanderungsländer ausgemacht werden. Vielmehr werden „fremdreligiöse“ Sozialgruppen als besonders schwierig in die demokratische Gemeinschaft zu integrieren angesehen. Speziell Angehörige muslimischen Glaubens rücken dabei ins Zentrum der allgemeinen Skepsis der Mehrheitsgesellschaft. Meinungsumfragen zeigen mittlerweile – nicht nur in Deutschland – starke Vorbehalte gegenüber Mitgliedern gerade dieser religiösen Minderheit.

Diese wachsende Bedeutung von Religion hat die Politiker westlicher Demokratien weithin unvorbereitet getroffen. So schien im Zug einer zunehmenden gesellschaftlichen Säkularisierung sowie der Trennung von Kirche und Staat und Betonung von Religionsfreiheit der Konflikt um Religionszugehörigkeiten weitgehend befriedet zu sein. Doch die Kombination von realen Problemen in der Bildungspolitik, Arbeitsmarkt- oder Migrationspolitik wie auch eine anwachsende Furcht und Distanzierung gegenüber „fremden“ Religionsgruppen und insbesondere „dem“ Islam seit 2001 haben dieses Thema politisch wieder virulent werden lassen und ihm mittlerweile eine enorme öffentliche Bedeutung beschert. Die hauptsächlich mit dem Islam in Verbindung gebrachten Szenarien einer Bedrohung der demokratischen Einheit bzw. des politischen Zusammenhalts westlicher Demokratien wirken sich dabei nicht nur politisch problematisch aus, sondern beeinflussen auch das Verhältnis von Angehörigen verschiedener religiöser Gruppen untereinander. So lassen die zunehmenden empirischen Hinweise auf eine Islamfeindlichkeit oder Islamophobie Sorgen gerade hinsichtlich der dauerhaften gesellschaftlichen und politischen Integration von Menschen dieses Religionsbekenntnisses aufkommen.

Angesichts der kaum zu leugnenden Tatsache, dass die religiöse Pluralität in fast allen Staaten Europas in den nächsten Jahren weiter anwachsen wird, sind moderne Demokratien und ihre Vertreter mit der Aufgabe konfrontiert, die entstehenden Probleme politisch zu bearbeiten. Sie sind nicht nur gefordert, die für politische Gemeinschaften wichtige Komponente der gesellschaftlichen Integration zu sichern und zu fördern, sondern gleichzeitig das Verständnis von Religionsfreiheit unter

den veränderten Bedingungen zu präzisieren und rechtlich auszugestalten. Wie ist zum Beispiel der kulturell gewachsene Vorrang des Christentums, der sich z.B. in den Verfassungen verschiedener europäischer Länder findet, mit der Forderung nach einer strikten politischen Gleichbehandlung aller Religionen und religiösen Gruppierungen in Einklang zu bringen? Dieser Problemdruck betrifft sowohl die Seite der individuellen Ausübung der Glaubensfreiheit als auch die Stellung der Religionsgemeinschaften innerhalb demokratischer Staaten. Wie wird es auch zukünftig möglich sein, eine integrierte und integrierende politische Gemeinschaft zu erhalten, die als notwendige Ressource politischer Stabilität von der politischen Kulturforschung herausgestellt wird? Die Frage nach dem Zusammenhang von religiöser Vielfalt und politischer Einheit stellt sich auf einer grundsätzlichen Ebene erneut. Und nicht zuletzt stellt der öffentliche Streit zwischen Anhängern des Multikulturalismus und einer mal mehr, mal weniger christlich konnotierten Leitkultur eine wichtige politische Facette dieses Problemkontexts dar.

Die genannten Probleme sind nicht nur auf klassische nationalstaatliche Demokratien beschränkt. Zu fragen ist, wie das Verhältnis von religiöser Vielfalt und politischer Einheit sich etwa in der EU als dem am weitesten entwickelten politischen Mehrebenensystem darstellt. Der Mehrebenenansatz erlaubt es zudem, differente Problemlagen und Politiken zwischen kommunaler, gliedstaatlicher und nationaler Ebene zu identifizieren und zu analysieren. Und schließlich ist unklar, wie sich die religiöse Komponente auf Demokratisierungsprozesse (positiv wie negativ) in ehemals autokratischen Regimen auswirkt. Gerade die Entwicklungen im „arabischen Frühling“ sind vor dem Hintergrund einer Gegensätzlichkeit von säkularen und religiösen Interessen zu beobachten. Auch hier spielt die religiöse Vielfalt eine bedeutende Rolle in den Integrationsprozessen der (möglicherweise) angehenden Demokratien. Inwieweit die starke Stellung von Religionen dabei Rückfälle in prädemokratische Diskussionen abbildet oder eher postsäkularen Charakter besitzt, ist derzeit wohl eine politisch wie politikwissenschaftlich offene Frage.

Das vom DVPW-Arbeitskreis „Politik und Religion“ ausgerichtete Panel soll Beiträge versammeln, die anhand vergleichender Perspektiven, komparativer Zugänge und theoretischer Konzepte die Verhältnisproblematik von demokratischer Einheit bzw. politischer Integration und religiösem Pluralismus untersuchen. Dabei sind systematisch vergleichende Analysen genauso erwünscht wie vergleichende Fallstudien oder Vergleichsstudien mit geringer Fallzahl.

Erbeten werden Vortragsvorschläge, die

- (a) *vergleichende empirische Studien* zum Verhältnis von religiöser Pluralität und Integration vorstellen. Dies umfasst sowohl politikwissenschaftlich-qualitative als auch -quantitative Studien, die einen komparativen Zugang zur Thematik wählen,
- (b) Überlegungen und Befunde zum *Umgang* der demokratischen Staaten mit religiöser Vielfalt und insbesondere mit Problemen der Religionsfreiheit und der Islamfeindlichkeit wenn möglich unter Berücksichtigung der Mehrebenenproblematik präsentieren,
- (c) Positionen und Handlungen *politischer Akteure* in den Diskursen religiöser Pluralität und gesellschaftlicher Integration analysieren,

- (d) die Diskussionen um das *Verständnis* der *Religionsfreiheit* und daraus resultierten politischen Entscheidungen komparativ zwischen Ländern oder Politikebenen thematisieren,
- (e) die positive wie negative *Effekte* von religiöser Pluralisierung auf das Selbstverständnis von Demokratien als politische Systeme und die in ihnen vertretenen Vorstellungen von politischer Einheit analysieren sowie
- (f) die Bedeutung religiöser Vielfalt und religiöser Pluralisierungsprozesse für alte wie neue *Demokratisierungsprozesse* untersuchen.

Interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Politikwissenschaft, gerne aber auch einschlägiger Nachbardisziplinen werden bis **Mittwoch, den 9. November 2011**, um die Zusendung von Vortragsvorschlägen mit einem 1-2-seitigen Abstract (max. 4.000 Zeichen) und einem kurzen CV (ca. 1.000 Zeichen) an eine der beiden folgenden Adressen gebeten:

Prof. Dr. Antonius Liedhegener
Fellow (im Wintersemester 2011/12)
Max-Weber-Kolleg
Universität Erfurt
Am Hügel 1
D-99084 Erfurt
++49-361-737-2805 oder -2870
Email: antonius.liedhegener@uni-erfurt.de

Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik (ZRWP)
Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Universität Luzern
Postfach 7455
CH-6002 Luzern
Email: antonius.liedhegener@unilu.ch